

Horrorszenario 700.000 EinwohnerInnen?

Viele LuxemburgerInnen stehen einem ungehinderten Bevölkerungswachstum zumindest skeptisch gegenüber. Das hat eine Umfrage des Mouvement écologique ergeben, die dieser auf der Oeko-Foire 2001 durchgeführt hatte. Immerhin 37 Prozent der TeilnehmerInnen an der Aktion sprachen sich kategorisch gegen ein weiteres Wachstum aus und forderten die Politik auf, eine solche Entwicklung zu verhindern. 52 Prozent konnten sich zwar ein gewisses Bevölkerungswachstum vorstellen, allerdings nur, wenn die Politik diese Entwicklung steuert und plant.

Die Umfrage, an der sich von 14.000 BesucherInnen immerhin mehr als 4.000 beteiligten, lässt zwar ein Interesse an einer breiteren öffentlichen Diskussion vermuten. Die Schlussfolgerung des Méco, die große Ablehnung sei "ohne Zweifel auf eine Reihe von Ängsten zurückzuführen, die die aktuelle Bevölkerungsentwicklung beziehungsweise die weiteren Zukunftsprognosen sowie die Art und Weise, wie die Diskussion derzeit geführt wird, ausgelöst haben", wartet jedoch noch auf ihren Beleg: Diese (nicht repräsentative) Umfrage kann solche Korrelationen jedenfalls nicht beweisen.

EuGH bekräftigt Niederlassungsrecht

Der Europäische Gerichtshof hat in einer Grundsatzentscheidung zur Vereinbarkeit nationalen Zuwanderungsrechts mit den so genannten Europa-Abkommen das Recht, sich niederzulassen, bekräftigt. Hintergrund war ein Rechtsstreit zwischen Selbständigen und Unternehmern aus Polen, Tschechien sowie Bulgarien, die sich in Großbritannien niederlassen wollten, deren Gesuche von den dortigen Behörden jedoch abgelehnt worden waren. Die EuGH-Richter stellten fest, dass das Recht auf Niederlassung grundsätzlich auch für selbständig arbeitende Staatsangehörige aus EU-Beitrittsländern mit so genannten Europa-Abkommen gilt - sofern die Betroffenen "formgerecht" eingereist sind.

Die Europa-Abkommen wurden Mitte der 90er Jahre zwischen der EU und Polen, der Tschechischen Republik sowie Bulgarien abgeschlossen. Sie verbieten die Diskriminierung von Staatsangehörigen der Vertragsstaaten aufgrund der Nationalität, sofern diese "Selbständige, Gründer von Unternehmen oder deren Leiter sind".

Einen Freischein zur europaweiten Niederlassung für Selbständige aus Beitrittsländern bedeutet die EuGH-Entscheidung gleichwohl nicht: Die proklamierte Selbständigkeit muss eine erwiesenermaßen selbständige und darf nicht etwa eine abhängige Tätigkeit sein. Dies zu prüfen, liegt wiederum bei den Mitgliedstaaten.

Collision frontale entre quotidiens

L'Imprimerie Saint-Paul a réagi plus vite que prévu: la semaine prochaine elle va lancer "La Voix", un quotidien en français, qui jusqu'à présent faisait partie intégrante du "Wort". Ce découplage est une attaque frontale contre le projet "Le Quotidien", fruit d'une coopération d'Editpress et du "Républicain Lorrain". En réaction "le premier quotidien indépendant luxembourgeois" se verra obligé de revoir sa stratégie et d'avancer la date de sa première parution. Même si le directeur et rédacteur en chef, Victor Weitzel, affirme que le projet se met en place "sans aucune hâte", la parution de "La Voix" ne facilitera certainement pas le lancement d'un journal qui veut répondre à une triple demande: "un quotidien luxembourgeois de grand public vraiment indépendant, rédigé dans la langue qui est comprise par la majorité des habitants du pays et de la région, le français, et qui tienne compte de la nouvelle évolution urbaine qui se développe autour du Luxembourg, capitale européenne et centre financier."

ARBEITSMARKT**"Frauen wollen das so"**

Beratung, Weiterbildung, Vermittlung - ADEM und Fraueninitiativen versuchen gemeinsam, Frauen die Rückkehr in den Beruf zu erleichtern. Im Kursangebot: frauentypische Tätigkeiten.

(ik) - Das Arbeitsamt (ADEM) wird offener: Erstmals in diesem Herbst soll das Beratungsangebot für Frauen allen Arbeit suchenden Frauen zugänglich gemacht werden. Bislang waren die Informationen über Einstiegs- und Fortbildungsmöglichkeiten ausschließlich arbeitslos Gemeldeten vorbehalten. "Uns verpflichtet der Nationale Beschäftigungsplan jetzt dazu", erklärt die Frauenbeauftragte des Arbeitsamtes Karin Meyer die Neuerung. Ein Erfolg Luxemburger Frauenorganisationen wie Femmes en détresse, Zarabina oder die Initiative Rém Schaffen (IRS), die sich für eine entsprechende Überarbeitung des 1998 erstmalig ins Leben gerufenen Nationalen Beschäftigungsplans eingesetzt hatten. Die Initiativen bieten Frauen, die Arbeit suchen, Beratungs-, Orientierungskurse sowie Fortbildungen an.

darán interessiert, trotz Kinder so schnell wie möglich in ihren Beruf zurückzukehren. Doch nicht alle Frauen, die arbeiten wollen, haben auch eine passende, zeitgemäße Ausbildung. Hier setzen die Initiativen an. Neben Beratungs- und Orientierungsgesprächen bieten sie Bewerbungstrainings und Fortbildungen wie etwa die zur "aide médicale" (IRS), zur Büro- oder Bankangestellten (Zarabina) sowie zur Webdesignerin (ebenefalls Zarabina), allesamt allerdings frauentypische Tätigkeiten.

"Männerdomänen aufzubrechen ist nicht unser Ziel." Luise Senninger zieht es vor, "realistisch zu bleiben". Frauen, die bei ihnen vorstellig würden, müssten oft überhaupt erst einmal Selbstvertrauen in ihre Fähigkeiten aufbauen.

Rein in Männerberufe?

Anders argumentiert Marcelle Jemming von der Zarabina a.s.b.l. "Die Frauenförderung in a-typischen Bereichen ist unser erklärtes Ziel", sagt sie. Dass es bislang in Luxemburg keine Fortbildungen jenseits traditioneller Frauenrollen gibt, liege an den Vorgaben, die bislang von den Geldgebern Europäischer Sozialfonds und Arbeitsministerium gemacht wurden. ADEM-Frauenbeauftragte Karin Meyer begründet die eher traditionelle Ausrichtung der Beratungs- und Kursangebote mit der Nachfrage des Marktes. "Die Frauen wollen das so", ist sie überzeugt. Da sich die verschiedenen Einrich-

tungen nach eigenen Aussagen bisher keine Konkurrenz machen, scheint auch kaum Anlass gegeben, sich zum Beispiel mit unkonventionellen Berufsbildern hervorzuheben.

Was aber, wenn Frauen in Luxemburg nicht auf frauentypische Bereiche verwiesen bleiben wollen? "Wir arbeiten an diesem Thema", verspricht Karin Meyer. Genaueres verrät sie nicht, das Projekt befindet sich noch im Anfangsstadium. Angebote allein genügen jedoch nicht, findet Marcelle Jemming. Sie betont die Notwendigkeit, Frauen und insbesondere Mädchen verstärkt für Berufe zu motivieren, die jenseits klassischer Rollen liegen. Davon sei bisher noch nicht sehr viel zu spüren, kritisiert die Zarabina-Mitarbeiterin.

Man sei dabei, sich verstärkt für Frauen in nicht-traditionellen Berufen einzusetzen, heißt es dazu aus dem Frauenministerium mit Hinweis auf die neuen Beschäftigungsinitiativen des Arbeitsministers François Biltgen. Die liegen vor allem im Bereich der neuen Technologien. Die Frage, ob die bestehenden Beschäftigungsmaßnahmen denn tatsächlich den Bedarf abdecken, kann derzeit wohl nicht beantwortet werden. Mangelnde Erfahrungswerte, so die lapidare Erklärung aus dem Frauenministerium. Immerhin seien die laufenden Kurse so besucht, dass sie nicht abgesagt werden müssten. Neue Erkenntnisse über mögliche nicht befriedigte Nachfragen oder Überangebote werden für das Jahr 2003 erwartet. Dann nämlich wird der Nationale Beschäftigungsplan evaluiert werden.



"Im Vergleich zu früher kommen jetzt jüngere Frauen zu uns", stellt Luise Senninger, Geschäftsführerin von IRS fest. Mehr als die Hälfte der Besucherinnen sei jünger als 40 Jahre. Beobachtungen, die auch die Mitarbeiterinnen in den anderen Beratungsstellen machen. "Die Familienphase der Frauen wird immer kürzer", ist sich Senninger sicher. Frauen seien immer häufiger

DROIT PATRONYMIQUE**Au nom de la mère**

Dans une société où le mariage n'a plus de valeur constante, comment organiser le choix du nom de famille des enfants? Après nombre de pays de l'UE, le Luxembourg veut lui aussi légiférer en vue d'une procédure qui cesse de privilégier les pères.

(rw) - "Quasi zéro" - c'est ainsi que le chef de groupe chrétien-social Lucien Weiler estima l'incidence qu'aurait une loi accordant aux couples le droit de choisir lequel de leurs deux noms de famille ils donnent à leurs enfants: "well mir iwwezeegt sin, datt 99% vun de Lëtzebuerger sech weiderhin, esou wéi d'Traditioun zënter honnert Jor an deem Land hei as, an Zukunft wäärten decidéieren fir den Numm vum Papp, vum Mann." C'était en 1994. L'occasion de conjurer les traditions fut l'introduction d'une proposition de loi de la députée socialiste Lydie Err, visant à instaurer le libre choix du patronyme des enfants. Et si c'était justement cette incidence minimale qui avait conduit le CSV à ne pas s'opposer par principe à cette idée, il est probable que, sept ans plus tard, avec un projet de loi allant dans le même sens qui vient d'être déposé par le ministre de la justice, les raisons de le soutenir seront analogues.

D'ailleurs, le fait que le gouvernement devient actif dans le domaine du nom de famille des enfants, tient peut être moins dans un souci d'élargissement des droits civils ou d'égalité des

chances que dans le fait que le Luxembourg a signé une série de conventions retenant le principe du libre choix. Notamment la Convention de New York de 1979, par rapport à laquelle le Luxembourg a dû émettre une réserve à ce sujet, qu'il a d'ailleurs annoncé vouloir lever dans la foulée de la Conférence mondiale sur les femmes à Beijing de 1995. Et s'il n'existe pas de directive européenne, le nombre des pays membres de l'UE qui ont adapté leur loi suite à une résolution adoptée par le Comité des Ministres du Conseil de l'Europe va en augmentant.

Incidence zéro?

Pourtant, on peut se demander si le Luxembourg a vraiment besoin de changer son appareil législatif, ou s'il suffit que l'application des lois soit modernisée. En étudiant son certificat de naissance, on peut noter que celui-ci indique bien le nom patronymique du père et de la mère, mais pas celui de l'enfant. Et Lydie Err a justement signalé dans sa proposition qu'en fait, il n'y a pas de loi qui interdirait à une personne de reprendre le nom de sa mère au lieu de celui

de son père. Ce sont donc essentiellement les "traditions" qui dirigent les actes des fonctionnaires, et aussi bien la proposition de loi Err que le projet de loi Frieden semblent plutôt profiter de l'occasion pour clarifier les textes et présenter des solutions pratiques aux complications qui peuvent se produire en cas de désaccord entre les parents.

Car les traditions ne sont plus ce qu'elles étaient. D'abord, on se marie moins. Pour les parents des enfants (toujours appelés "naturels", la pratique administrative veut que celui qui se présente le premier au service de l'Etat civil peut imposer son nom - une règle difficile à accepter, surtout si les parents ne sont plus liés. Quant aux couples qui se marient, ils sont confrontés au fait que le taux des divorces devient de plus en plus impressionnant. Est-il vraiment sensé de donner à son enfant "légitime" le nom du père? Même si le nombre des pères qui obtiennent la garde parentale lors d'un divorce va en augmentant, ils sont toujours confrontés à une majorité écrasante de mères divorcées en charge de leurs enfants. Et celles-ci pourraient ne pas apprécier le fait que leur enfant porte un nom rappelant un mariage échoué.